



WORTE DES LANDESVORSITZENDEN

Von Krise zu Krise und niemand schaut hin

Die Berliner Polizei managt seit Jahren eine Krise nach der anderen. Die Mitarbeitenden leben und arbeiten im Dauerkrisenmodus, um für die Berlinerinnen und Berliner ein positiv unterlegtes Sicherheitsgefühl zu produzieren. Das Grundbedürfnis der Menschen, in Sicherheit und Ordnung leben zu können, steht für uns im Mittelpunkt unserer Berufung.

Stephan Weh

So sind wir, die Berliner Polizei, über die Jahre mit großer Kontinuität zu dem Prof der Inneren Sicherheit geworden. Wir haben gelernt, dass Innere Sicherheit kein kurzfristiges oder mittelfristiges Projekt ist, sondern nur geplant und langfristig nachhaltig erfolgreich funktionieren kann. Noch heute leidet die Berliner Verwaltung und somit auch die Berliner Polizei unter den Sparhaushalten der 2000er-Jahre. Wir spüren das am rudimentär vorhandenen personellen Mittelbau ebenso wie am signifikant angewachsenen Sanierungsstau unserer Liegenschaften. Aktuell schieben wir einen Sanierungsstau von mehr als 2 Milliarden Euro vor uns her und eine rasant wachsende Stadt und ihre Aufgaben fordern immer mehr personelle Ressourcen an der Basis, die einfach nicht vorhanden sind.

Die Politik hat, so könnte man meinen, in den letzten Jahren verstanden, dass die Berliner Polizei vor großen Herausforderungen steht. Erste zarte Pflänzchen in Sachen Digitalisierung, personeller Aufwuchs, bessere Ausstattung und mehr Stellen wurden gesät. Als Gewerkschaft haben wir durch ständige Beratung, durch öffentlichen Druck, aber auch durch fachliche Expertise einen großen Anteil an dieser Entwicklung. Wir haben aber auch mit großem Respekt zur Kenntnis genommen, dass wir in der Behördenleitung einen starken Partner für die po-

sitive Entwicklung der Berliner Polizei haben. Seitdem ich im Mai 2022 den Landesvorsitz der GdP übernommen habe, führte ich viele Gespräche mit Abgeordneten, Senatoren und führenden Mitarbeitenden der jeweiligen Verwaltungen und Behörden. Für mich war es immer wichtig, dort ein reales Bild meiner Berliner Polizei zu zeichnen. Ich komme aus der Basis und habe die tägliche Arbeit in meinen Gesprächen dargestellt. In meinen Gesprächen habe ich von meiner Polizei berichtet, die tagtäglich für die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner sowie aller Gäste mit dem Funkwagen oder Gruppenwagen unterwegs ist, die in den Kommissariaten die Anzeigen der Menschen dieser Stadt bearbeiten. Von Führungskräften und Mitarbeitenden, die einem unheimlichen Druck ausgesetzt sind, den täglichen Dienst aufrechtzuerhalten, aber auch besondere Einsatzlagen zu planen.

Ich habe regelmäßig z. B. von meinen Kolleginnen und Kollegen erzählt, die seit Monaten auf den Zufahrten der Berliner Autobahn stehen. Ich habe von herausfallenden Fenstern, defekten Heizungen und schimmeligen Sanitäranlagen berichtet. Warum spreche ich die Sachen an, die uns schon so normal erscheinen? Ich wollte und ich möchte sensibilisieren, die Augen derer öffnen, die durch Politik die Zukunft unserer Polizei gestalten.

Die Berliner Polizei ist einer der größten Player in den vergangenen, gegenwärtigen und auch zukünftigen Krisen. Keine andere Polizei Deutschlands hat solche eine Schlag-

zahl. Wie ich es schon in meiner Antrittsrede sagte, wir, die Berliner Polizei, sind der deutsche Meister.

Wir können aber nur das alles sein und auch das alles bieten, wenn wir ein starkes Fundament haben, auf dem wir uns immer weiterentwickeln können. Der tägliche Dienst im Bereich der Funkwagen blutet immer mehr aus. Die Abschnittskommissariate und die örtlichen Kommissariate haben kaum noch genug Personal für die Sachbearbeitung. Da reden wir noch nicht mal vom LKA.

In den örtlichen Bereichen aber ist die Quelle des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ der Berliner Bevölkerung und diese ist es wert, dass man keine Showobjekte hochzieht, die die Sicherheit letztlich sogar mindern. Wir können nicht noch weitere Polizeiwachen eröffnen, wenn bestehende Abschnitte und Kommissariate personell nicht bei 100 Prozent Ausstattung sind. Wir haben genügend Sanierungsstau und könnten die Gelder für noch weitere Polizeiwachen besser in die bestehenden Objekte der Berliner Polizei zur Sanierung investieren. Solange die Zahl Mitarbeitenden der Polizeiabschnitte und der Kommissariate nicht so stark angewachsen ist, dass Überstunden nicht die Regel bedeuten, sprechen wir uns als Gewerkschaft gegen eine Erhöhung der Fahrradstreifen und Fahrradstaffeln aus. Gegenwärtig wird die Neugründung der 17. EHu durch die Zurückhaltung der örtlichen Direktionen bei der Personalverteilung der ausgearbeiteten Mitarbeitenden gewährleistet. Die Notwendigkeit einer 17. EHu ist aufgrund der immer größer werdenden Einsatzlage in Berlin notwendig, aber sie kostet eben woanders dringend benötigte personelle Kapazitäten.

Als Gewerkschaft der Polizei empfehlen wir der Politik, nicht nur das notwendige personelle Fundament der Einsatzhundertten zu stärken, sondern auch zukünftig die personelle Ressource der örtlichen Polizeiabschnitte und der Kommissariate so zu stärken, dass meine Kolleginnen und Kollegen nicht mehr durch zusätzliche Überstunden den täglichen Dienst am Leben erhalten. Zusätzliche Wachen sowie die Aufstockung der Fahrradstreifen und Einsatzhundertschaften erwecken bei meinen Kolleginnen und Kollegen nicht das Gefühl, dass das Verständnis für die Aufrechterhaltung des Basisdienstes im Mittelpunkt der politischen Planung steht, sondern reine Symbol- und Klientelpolitik. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2023 hat begonnen und wenn Ihr diese Ausgabe in Euren Händen haltet oder Euch die Zeilen in der neuen digitalen Form zu Gemüte führt, schauen wir alle bereits in Richtung Neuwahlen, die im Februar anstehen. Unser Landeschef hat mitten im Wahlkampf mal etwaigen Profilierungen entgegengewirkt und den Stecker gezogen, wenn es darum geht, neue Abschnitte aus dem Boden heben zu wollen, um Polizeipräsenz zu verbessern. Umgekehrt wird da nämlich ein Schuh draus. Nur ein Element dieser lesenswerten Ausgabe. Viel Spaß beim Lesen!

Benjamin Jendro, Landesredakteur

UNSERE PARTNER INFORMIEREN

Steigender Eigenanteil bei stationärer Pflege

In letzter Zeit schlagen viele Betroffenen Alarm! Die steigenden Pflegeheimkosten machen ihnen schwer zu schaffen. Als Gründe für die Kostensteigerungen werden die Refinanzierung gestiegener Löhne und steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten genannt. Der gesetzliche Zuschlag hingegen bezieht sich lediglich auf die pflegebedingten Aufwendungen und nicht auf die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten.

Was ist da eigentlich los?

Viele Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen und gerade auch betroffene Angehörige machen sich oft ein falsches Bild oder haben gar keine Vorstellungen von den Kalkulationsgrundlagen der monatlichen Pflegeheimkosten. Denn diese sind keine feststehende Summe für den gesamten Heimaufenthalt samt Pflege, sondern setzen sich aus unterschiedlichen Kalkulationsansätzen (Unterkunft, Verpfle-

gung, Investitionskosten) für verschiedene Leistungen des Heimträgers zusammen. So kann es leider immer wieder zu Steigerungen bei den sogenannten Eigenanteilen kommen, und diese fallen zurzeit besonders heftig aus.

Und so stellt der vdek, der Verband der Ersatzkassen, in seiner Auswertung vom Juli dieses Jahres fest, dass die Eigenanteile, die Pflegebedürftige in Pflegeheimen für pflegebedingte Anwendungen, für Unterkunft und Verpflegung sowie an Investitionskosten aus eigener Tasche zahlen müssen, seit Beginn des Jahres gestiegen sind. Untersucht wurden die Vergütungsvereinbarungen der Pflegekassen mit den Pflegeeinrichtungen des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) im Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juli 2022. Leider hat sich auch gezeigt, dass die seit Jahresbeginn geltende gesetzliche Regelung, wonach sich die Pflegekassen mit einem nach Aufenthaltsdauer gestaffelten Leistungszuschlag an den Pflegekosten (einrichtungseinheitlicher Eigenanteil) beteiligen, nur

bei längeren Aufenthalten eine spürbare Entlastung bringt.

Hier muss dringend eine Lösung im Sinne der Betroffenen gefunden werden.

Auf der sicheren Seite: die Mandanten der Medirenta

Als Mandant bei Medirenta, in der Regel Privat- oder GKV-Versicherte mit Beihilfensanspruch, meist Beamte und deren Angehörige, kann man sich bei diesem Thema beruhigt zurücklehnen. Denn die Krankenkostenabrechnungsspezialisten aus Berlin kümmern sich darum, dass ihre Mandanten in der vollstationären Pflege aus Fürsorgemitteln je nach Familieneinkommen ergänzende Beihilfeleistungen bekommen. Eine Erhöhung der UVI-Kosten wirkt sich zwar stets auf den monatlichen Eigenanteil aus, jedoch wird dies dem Einkommen wieder gegenübergestellt, und damit können sich die Ansprüche aus den ergänzenden Beihilfeleistungen dann ebenfalls erhöhen. Der große Vorteil einer Mandantschaft bei Medirenta: Betroffene müssen sich nicht selbst mit der spröden Materie herumschlagen, sondern können auf die Kompetenz und Erfahrung ihres Beihilfeberaters vertrauen. ■



„Eingeschränkt sehen macht ängstlich. Alles ist verschwommen, einige Lichter sind zu sehen, man weiß nicht, wie weit die Fahrzeuge entfernt sind. Die Straße überqueren am Fußgängerüberweg oder an der Ampel – ein gefährliches Unterfangen.



AUS DER AG BILDUNG

Behindert – schau'n wir mal ...

Geschaut haben sie tatsächlich, die einen mehr, die anderen weniger. Fünf Tage lang widmeten sich die Teilnehmenden unseres Seminars zum Schwerbehindertenrecht in Lehnin wichtigen Themen wie z. B. den rechtlichen Grundlagen des Schwerbehindertenrechts, der Gleichstellung, dem BEM und der technischen und baulichen Barrierefreiheit. Viel Wissen von unseren Dozenten Rainer Ritter und Michael Laube, viele Beispiele aus der Praxis und viele Fragen und Diskussionen zu den Themen machten die Tage spannend und abwechslungsreich.

Claudia Koppe

Die Stimmung unter den teilnehmenden GdP-Mitgliedern war sehr entspannt. Man lernte neue Blickwinkel für die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche in den unterschiedlichen Behörden kennen. Zu diesen unterschiedlichen Themen gehörte auch ein Nachmittag mit einem besonderen Spaziergang. Dem Spaziergang durch Lehnin. Das Besondere an diesem Spaziergang war unsere Ausrüstung, denn wir haben uns in der Öffentlichkeit als Menschen mit einer (mehr oder weniger offensichtlichen) Behinderung bewegt. Einige trugen Brillen, durch die sie nur etwa 10 Prozent Sehfähigkeit hatten. Andere probierten aus, was es bedeutet, auf den Gehwegen auf einen Rollstuhl ange-

wiesen zu sein. Wir hatten auch Teilnehmende, die einen Blindenstock und eine Augenbinde trugen, damit komplett sehunfähig und auf Begleitung angewiesen waren. Einige von uns hatten sich einen doppelten Gehörschutz aufgesetzt. Vorbeilaufende Schüler staunten nicht schlecht, als sie unsere Gruppe von „behinderten“ Menschen an einer Fußgängerampel stehen sahen. Dann die Frage: „Übt ihr etwas?“ Ja, genau. Wir haben alle gemeinsam versucht, uns in die Beeinträchtigungen von Seh-, Hör- und Bewegungseingeschränkten hineinzusetzen. Eine ausgesprochen spannende Erfahrung. Aber auch eine Erfahrung, die sehr nachdenklich macht. Wie haben wir das erlebt? Ein paar Eindrücke ...

„Mit dem Rollstuhl die Gehwege mit Gefälle zu meistern, ist schon schwierig. Allein mit der Kraft der Arme den Rollstuhl fortzubewegen, ist ein Kraftakt. Und an einigen Stellen im Straßenverkehr trifft man im wahrsten Sinne des Wortes auf Hindernisse. Hilfe ist hier manchmal sehr wertvoll.

Alles in allem ist unser Eindruck, dass Menschen mit Einschränkungen wohl lernen damit umzugehen, aber häufig auf Hilfen oder auch Hilfsmittel angewiesen sind. Wir haben auch festgestellt, dass hier vonseiten der Öffentlichkeit, insbesondere der Politik viel mehr getan werden kann und muss. In uns wuchs die Erkenntnis, wie erschreckend es in der heutigen Zeit ist, zu erleben, wie weit Theorie und Praxis im Alltag auseinanderliegen! Dieses Seminar sollten viel mehr Kolleginnen und Kollegen nutzen (auch gern Führungskräfte), um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Niemand sollte sicher sein, dass er oder sie nicht irgendwann durch Krankheit oder Unfall auch von Einschränkungen betroffen ist. In der Öffentlichkeit, aber auch in Ausbildung und Berufsleben. Wie hat es vor vielen Jahren Richard von Weizsäcker formuliert: „Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann.“ ■

„Man soll nicht denken, wie anstrengend es sein kann, sich ohne Hörvermögen im Straßenverkehr zu bewegen. Plötzlich rast direkt neben dem schmalen Gehweg ein Lkw vorbei oder ein Bus, man erschreckt sich. Vor einer Einfahrt zum Parkplatz oder beim Überqueren der Straße muss man sich besonders konzentrieren und viel schauen, sicher ist sicher.

„Blind durch den kleinen Ort mit Durchgangsverkehr zu laufen war eine riesige Herausforderung, und vielen Alltagsituationen stand ich hilflos und verängstigt gegenüber. Ein neuer Fußweg war schön angelegt, aber mit Blindheit oder Sehbehinderung ergaben sich durch die Zickzackführung viele Gefahren, z. B. Treppen oder Verkehrsschilder auf dem schmalen Gehweg. Orientierungsmöglichkeiten ergaben sich überwiegend nur durch eine Begleitperson.



Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen



@gdpberlin



gdp_berlin



@GdPHauptstadt



» Landeschef Stephan Weh Anfang Dezember via Berliner Zeitung

Wir freuen uns, dass das Thema Katastrophenschutz endlich in den politischen Fokus gerät, und hoffen, dass das über den Wahlkampf hinaus anhält. Berlin hat sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter in die Abhängigkeit von anderen begeben und kaum eigene Strukturen zur Resilienz gegenüber Extremwetterlagen, Pandemien oder Anschlägen gegen unsere Infrastruktur aufgebaut. Polizei und Feuerwehr haben hier in den letzten Jahren auf Lücken hingewiesen und zahlreiche Ideen an das Abgeordnetenhaus herangetragen, passiert ist aber kaum etwas. Sicher wird das sehr viel Geld und Anstrengung kosten, ist aber ebenso wie eine Steigerung der Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung alternativlos. Dass man mit Kollege Göwecke große Expertise beim Aufbau des Landesamtes für Katastrophenschutz dazuholt, ist absolut sinnvoll.

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: MEDIRENTA, Partner der GdP Berlin, übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Vorgänge rund um Kranken- und Pflegekostenabrechnungen. Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.



Informieren Sie sich!

030 / 27 00 00www.medirenta.de



Foto: CandyPotPictures

„ Sprecher Benjamin Jendro Anfang Dezember via Tagesspiegel

Selbstverständlich ist die Polizei Berlin auch heute auf diese Guerilla-Aktionen im Namen des Klimas vorbereitet, zumal diese Straftaten und die Bereitschaft, Gesetze noch intensiver zu übertreten, erneut öffentlich angekündigt wurden und so keiner mehr wirklich überrascht sein kann. Unsere Demokratie ist und bleibt nicht verhandelbar. Wenn man etwas bewegen möchte, schafft man das nicht mit absolutistischer Denkweise und Gesetzesübertretungen, sondern wirbt mit rechtsstaatlichen Mitteln um politische Mehrheiten.

WIR HAKEN NACH

Deine GdP informiert in Sachen Geld

Ende des Jahres kursierten ein paar Gerüchte in Sachen Finanzen. Wir haben mal zu zwei Themen bei der zuständigen Senatsverwaltung für Finanzen nachgehakt und können so für ein bisschen Transparenz sorgen.

Energiepreispause (EPP) für Pensionärinnen und Pensionäre

Nachdem die Bundesregierung im Rahmen des Entlastungspakets die EPP in Höhe von steuerpflichtigen 300 Euro auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes beschlossen hat, haben wir sofort Kontakt zu Finanzsenator Daniel Wesener aufgenommen. Dieser hat den bereits kursierenden Entwurf dahingehend angepasst, damit auch die Pensionärinnen und Pensionäre des Landes Berlin diese erhalten, was am 14. November im Plenum manifestiert wurde. Aufgrund der notwendigen Überprüfung möglicher Ausschlussbestände, deren Vorliegen individuell für jede versor-

gungsberechtigte Person geprüft werden muss, kann momentan kein fester Auszahlungstermin benannt werden. Auszugehen ist nach Antwort der Senatsverwaltung vom 1. Quartal 2023.

Anhebung der Familienzuschläge und Nachzahlungen im vierstelligen Bereich

Während andere Bundesländer wie NRW, Baden-Württemberg oder Bayern Anhebungen in Sachen Familienzuschlag zeitnah beschließen wollen und es so auch zu Nachzahlungen im vier- bis fünfstelligen Bereich kommen kann, hält sich Berlin bisher zurück. Die Senatsverwaltung für Finanzen er-

klärte, dass man die Familienzuschläge im Rahmen der jetzigen Anpassungen bereits ebenfalls um 2,8 Prozent erhöht und keine weiteren Schritte plant. Wir werden das Thema selbstverständlich weiterverfolgen, da die Begründungen in den anderen Ländern mit Blick auf das Alimentationsprinzip in Berlin noch größere Relevanz haben dürften. Allerdings ist durch die gerade erfolgten Beschlüsse, die Neuwahlen und die anstehenden Tarifverhandlungen im Jahr 2023 damit zu rechnen, dass sich Berlins Politik erst dann bewegt. In jedem Fall empfehlen wir Euch, nicht nur der gezahlten Besoldung, sondern auch den Zulagen, Sonderzahlungen und Familienzuschlägen zu widersprechen. Einen entsprechenden Musterentwurf findet Ihr auf unserer Homepage. ■

Deine GdP in den Medien

Screenshots: GdP Berlin

STUDIO



BERLIN





» Landeschef Stephan Weh Ende November via Morgenpost

Italien macht es uns seit Jahren vor. In Baden-Württemberg hat man die Möglichkeiten mittlerweile auch erkannt, die Hauptstadt sollte hier schnellstmöglich nachziehen und das Geld von Kriminellen in die Ausstattung derjenigen investieren, die ihnen das Handwerk legen. Angesichts von mehr als 2 Mrd. Euro Sanierungsstau bei Polizei und Feuerwehr, nostalgischen Fuhrparks und fehlender digitaler Infrastruktur in den beiden Bereichen sowie in der Justiz fallen uns eine Menge Sachen ein. Der Rechtsstaat sollte sich die Chance nicht entgehen lassen und den Rahmen schaffen, um kriminelles Geld wieder in den legalen Kreislauf zu spülen, und diesen Weg nicht länger Kriminellen überlassen. Es hätte durchaus Charme, wenn man millionenschwere Luxusvillen von Clanmitgliedern in Zukunft dafür umwidmet, um hier mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, damit sie nicht auf die schiefe Bahn geraten.

IN GEDANKEN BEI KOLLEGE ROTT

Wir nahmen Abschied

Am 24. November 2022 nahmen die Bezirks- und Seniorengruppe der Dir E/V anlässlich der Trauerfeier Abschied von Martin Rott. Mit großer Anteilnahme nahmen viele Mitglieder an der Trauerfeier teil und unterstützten so Martins Angehörige bei diesem schweren Gang.

Auf der am gleichen Tag stattgefundenen Seniorengruppensitzung der Dir E/V nahm die Seniorengruppe Abschied von Martin und versprach ihm ein ehrendes Andenken. ■



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir 3

Wann: Donnerstag, 19. Januar, 16 Uhr.
Wo: Polizeikantine, Märksiche Allee 174, 12681 Berlin.

Seniorengruppen

Dir 1 (Bitte beachten! Neuer Tagungsort und neuer Wochentag der Treffen)

Wann: Mittwoch, 8. Februar, ab 13 Uhr.
Wo: SCHUPKE, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 3. Januar, 15 Uhr.
Wo: El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.
Kontakt: Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

Dir 3

Wann: Mittwoch, 25. Januar, 10 Uhr Kegeln.
Wo: Kegelhalle Lok Schöneeweide, Adlergestell 103, 12439 Berlin (mit der S-Bahn Bhf. Johannisthal S8; S9; S45; S46).

Dir 4

Wann: Mittwoch, 11. Januar, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

Dir 5

Wann: Dienstag, 7. Februar, 14 Uhr.
Wo: Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

PA

Wann: Dienstag, 31. Januar, 16 Uhr.
Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin (Lankwitz).

LKA

Wann: Dienstag, 10. Januar, 14 Uhr.
Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.
Info: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes der Seniorengruppe LKA.
Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547, oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

BüO

Wann: Mittwoch, 11. Januar, 15.15 Uhr.
Wo: Restaurant Pizzeria „Ledi“ Weitlingstraße 28, 10317 Berlin.

Redaktionsschluss

für unsere Februarausgabe, auch Veranstaltungen und andere Termine, ist der 6. Januar 2023.

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



GdP & GdP Service GmbH

Wir sind ein starkes Team!



ISTAF Indoor 2023

Seien Sie am 10. Februar in der Mercedes-Benz Arena dabei!

Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei erhalten das Ticket der
Kategorie 3 (Block 213-215)
zum **Sonderpreis von 23,- €** statt 31,- €

TEL: 030 / 210004 46
FAX: 030 / 210004 29
Email:
info@gdp-service.berlin
14.11.2022

Das Sportjahr 2023 fängt heiß an! Bereits am 10. Februar 2023 steht das 10. ISTAF INDOOR auf dem Programm – Nirgendwo sonst ist man näher am Geschehen, nirgendwo sonst sind die Emotionen greifbarer als beim ISTAF INDOOR in der Berliner Mercedes-Benz Arena. Kompakte drei Stunden Spitzensport in einer ausverkauften Arena, Ausnahme-Athleten wie Malaika Mihambo oder Gina Lückenkemper, die nur wenige Meter von den Zuschauerrängen entfernt Höchstleistungen abliefern, Laser- und Flammenshow – die Kombination aus Spitzensport und Unterhaltung gibt's nur beim ISTAF INDOOR!

Senden Sie einfach das Antwortformular (Download unter www.gdp-service.berlin) per Fax an: 030-21000429 oder eine Email an: info@gdp-service.berlin, Stichwort „GdP“.

Dieses Angebot gilt befristet bis zum 22. Januar 2023.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen unter Tel. 030-21000446 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ISTAF Indoor Team & GdP Service GmbH Berlin

